



Polizeipräsidium Köln, 51101 Köln
An die
Stadt Köln
Integrationsrat der Stadt Köln
Ottmar-Pohl-Platz 1
51103 Köln

 Juni 2012
Seite 1 von 5

Aktenzeichen:
62.06.03

bei Antwort bitte angeben

KHK'in Schüpf
Telefon 0221-229-8013
Telefax 0221-229-8012
DirFST_K.Koeln
@polizei.nrw.de
Raum 4.679

Politisch Motivierte Kriminalität - Rechts

Anfrage gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates vom
27.03.2012, übersandt mit E-Mail vom 10.05.2012

Sehr geehrter Herr Kelttek, sehr geehrter Herr Vetter,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 10.05.2012.

Bereits unmittelbar nach dem Anschlag am 09.06.2004 in der Keupstraße in Köln-Mülheim, wurde durch die Opferschutzbeauftragten des Polizeipräsidiums Köln mit den Geschädigten sowie deren Angehörigen Kontakt aufgenommen. Je nach individuellem Bedarf erfolgte die sofortige Vermittlung an Psychotherapieeinrichtungen, Weisser Ring, Versorgungsamt Köln und andere Unterstützer. Den Geschädigten wurde seitens der Opferschutzbeauftragten angeboten, jederzeit Kontakt aufnehmen zu können, wovon auch einige Opfer Gebrauch machten. Zusätzlich wurde unter Beteiligung der Stadt Köln, des Versorgungsamtes Köln und des Weissen Rings, temporär ein Beratungsmobil in der Keupstraße eingesetzt. Einzelne Opfer werden auch aktuell noch betreut.

Dienstgebäude:
PP Köln Walter-Pauli-Ring 2-6
51103 Köln

Telefon 0221-229-0
Telefax 0221-229-2002
poststelle.koeln@polizei.nrw.de
www.polizei.nrw.de/koeln

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahn-Linien 1 und 9
Haltestelle: Kalk Post
S-Bahn-Linien S 12, S 13 sowie
RB 25
Haltestelle: Trimbornstraße

Zahlungen an
Landeskasse Düsseldorf
Kto-Nr.: 965 60
BLZ: 300 500 00 WestLB AG
TV-Nr.: 03036316
IBAN:
DE3430050000000096560
BIC: WELADEDDE33

Mit Bekanntwerden der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) wurde mit den Geschädigten, sofern sie noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhältig waren, Kontakt aufgenommen.

Im Dezember 2011 fanden beim PP Köln an zwei Tagen Veranstaltungen für die Geschädigten statt, bei denen auch das Bundesamt für Justiz vertreten war, um bei Anträgen auf Entschädigung aufgrund extremistischer Übergriffe behilflich zu sein. Darüber hinaus begleitete ein Opferschutzbeauftragter des PP Köln die Opfer und Angehörigen zu der Gedenkveranstaltung der Bundesregierung und anderer Verfassungsorgane am 23.02.2012 nach Berlin.

Im Dezember 2011 hat der Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen das Ihnen bekannte „8-Punkte Programm“ herausgegeben, in dem Ziele und Maßnahme zur Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) Rechts klar definiert sind.

Neben den Polizeipräsidien Aachen, Wuppertal und Dortmund wurde auch das PP Köln damit beauftragt, die Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) durchzuführen. Diese Vorgabe wurde durch das PP Köln mit Einrichtung der BAO „Im FOKUS: RECHTS“, die der Kriminalinspektion Staatsschutz (KI ST) zugeordnet wurde, am 06.01.2012 umgesetzt. In der BAO werden aktuell 25 Kräfte zur Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts eingesetzt.

Ziel der BAO „Im FOKUS: RECHTS“ ist die repressive Bekämpfung von rechtsextremistisch motivierten Straftaten sowie die Wahrnehmung präventiver Aufgaben, insbesondere:

- die Früherkennung rechtsextremistischer Terroristen und Personen
- die Verhütung und Verfolgung der politisch motivierten Kriminalität Rechts insbesondere
- das frühzeitiges Erkennen von Tatvorbereitungen von Straftaten
- Verbesserung der Erkenntnislage über rechtsextremistische Personen und Strukturen
- Einschränkung des Handlungsspielraums der "rechten Szene"
- Beweissichere und konsequente Verfolgung von Straftaten und sonstigen Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Intensive Maßnahmen des Opferschutzes und der Opferhilfe
- Stärkung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung insbesondere durch Wahrnehmbarkeit der polizeilichen Maßnahmen
- der Zuständigkeitsbereich erstreckt sich nicht nur auf die Stadtgebiete Köln und Leverkusen, sondern auch auf die Gebiete des Rhein-Erft-Kreises, des Oberbergischen Kreises sowie des Rheinisch-Bergischen-Kreises im Sinne der Kriminalhauptstellenverordnung.
- Konzeptes zur Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern durch Multiplikatoren im Bereich der Prävention

Das PP Köln trifft in dem Zusammenhang intensive Aufklärungs- und Observationsmaßnahmen auch in Absprache mit benachbarten Kreispolizeibehörden, um Erkenntnisse über Aktivitäten der rechten Szene zu erhalten.

Unter anderem war das PP Köln federführend beteiligt an vereinsrechtlichen Maßnahmen gegen die „Kameradschaft Walter Spangenberg“, die durch den Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW am 10.05.2012 verboten wurde, und strafprozessuale Maßnahmen gegen

die nach jetzigem Ermittlungsstand kriminelle Vereinigung „Freundeskreis Rade“ aus dem Oberbergischen Kreis.

Die Bekämpfung der Politisch Motivierten Kriminalität - Rechts stellt einen Schwerpunkt polizeilicher Aktivitäten beim PP Köln dar.

Die Beobachtung von Gruppen und Organisationen der rechtsextremen Szene in Nordrhein-Westfalen obliegt den Verfassungsschutzbehörden des Landes (LfV) und des Bundes (BfV). Die aktuelle Entwicklung der von LfV und BfV beobachteten Gruppen und Organisationen wird in dem jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichten zusammengefasst und veröffentlicht. Die aktuellen Verfassungsschutzberichte für das Jahr 2010 können sowohl auf der Internetseite des LfV NRW¹ als auch beim BfV² herunter geladen werden.

Neben der im Rat der Stadt Köln vertretenen „Bürgerbewegung pro Köln“, bei der gemäß Verfassungsschutz des Landes NRW „tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen“ vorliegen, und der mittlerweile verbotenen „Kameradschaft Walter Spangenberg“ sind dem PP Köln keine weiteren rechtsextremistischen Gruppen für das Stadtgebiet Köln bekannt.

Der KI Staatsschutz des PP Köln liegen Erkenntnisse zu 15 Personen vor, die im Stadtgebiet Köln wohnhaft und in den letzten Jahren sowohl in Köln als auch im überörtlichen Bereich durch die Begehung politisch motivierter Gewaltdelikte in Erscheinung getreten sind.

1

http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2010/

2

http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2010/

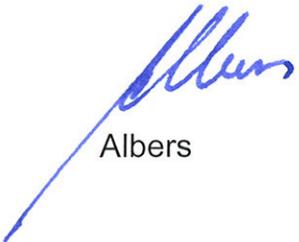
Die Anzahl in Köln lebender „Rechtsextremisten“ kann nicht benannt werden.

Im Zuständigkeitsbereich der KI Staatsschutz des PP Köln liegen darüber hinaus Erkenntnisse über die „Autonomen Nationalisten Pulheim“ (ANP), dem „Freundeskreis Rade“ bzw. den „Freien Kräfte Oberberg“ sowie dem „Nationaler Widerstand Leverkusen“ (NWL) vor.

Nachfolgend aufgeführt sind die Straftaten im Gebiet der Stadt Köln die im Zeitraum 2002 - 2011 seitens der KI Staatsschutz des PP Köln der politisch motivierten Kriminalität -rechts- zugerechnet wurden:

2002	-	102 Straftaten
2003	-	122 Straftaten
2004	-	124 Straftaten
2005	-	122 Straftaten
2006	-	145 Straftaten
2007	-	116 Straftaten
2008	-	156 Straftaten
2009	-	150 Straftaten
2010	-	130 Straftaten
2011	-	110 Straftaten

Mit freundlichen Grüßen



Albers